

## **Gedenkansprache am 2. April 2026 zum 81. Jahrestag der Befreiung des**

### **Konzentrationslagers Niederhagen**

**Prof. Dr. Wolfgang Benz**

„Nicht vergessen – engagiert erinnern“

Wir stehen an einem besonderen Ort der deutschen Geschichte. Die Wewelsburg geistert als Kultort nationalsozialistischer Ideologie durch die Gedankenwelt von Neurechten. Junge Neonazis feiern Sonnenwende und huldigen germanischem Brauchtum (oder dem, was sie dafür halten), sie lassen sich von esoterischem Geraune stimulieren, sie träumen von Geheimnissen der Macht, vom Verrat und Wiederauferstehen. Ahnenkult, wie die SS ihn trieb, martialische Sehnsüchte nach einem Völkischen Staat wabern durch die Gefühlswelt junger Rechter, die Orientierung und Heimat suchen in der Verklärung einer furchtbaren Vergangenheit. Die Wewelsburg ist für sie ein mystischer Ort. Sie ist die Gralsburg, in der die Geheimnisse des nationalsozialistischen Reiches gehütet werden, von wo aus dessen Wiederauferstehung erfolgen soll. Die SS, die Terrororganisation des NS-Staats, die für die Verbrechen unter NS-Ideologie verantwortlich war, wird zum Heiligen Ritterorden stilisiert, dessen Mitglieder magische Kräfte haben, die eine geheime Gegenwelt errichten. Die Verbrecher, die den Judenmord begingen, die KZ errichteten und betrieben, die Willkürherrschaft des NS-Regimes organisierten, sind als Lichtgestalten verklärt, als edle Ritter, als übermächtige Märchengestalten.

Der reale historische Ort, der uns bewegt, an den wir erinnern müssen, besteht in den kargen Überresten und in der Erinnerung an ein Konzentrationslager. 1939 als Außenlager von Sachsenhausen errichtet, am 1. September 1941 zum selbstständigen Lager erhoben, war das Konzentrationslager Niederhagen das kleinste Hauptlager im KZ-System. Zu den abstrusen Projekten des Reichsführers SS, Heinrich Himmler, gehörte der Ausbau des Schlosses Wewelsburg zur Kultstätte der SS. Dazu wurde die Arbeitskraft von Häftlingen benötigt. Als das Bauvorhaben kriegsbedingt eingestellt wurde und die weitere Nutzung des Geländes für Rüstungszwecke nicht zustande kam, wurde das KZ Niederhagen/Wewelsburg zum 30. April 1943 aufgelöst. Ein Restkommando blieb am Ort, das nun als Außenlager von Buchenwald geführt wurde, bis zur Befreiung im April 1945, durch Einheiten der US Army, heute vor 81 Jahren.

Die Geschichte des KZ Niederhagen ist mit der lange vernachlässigten Erinnerung an besondere Opfergruppen verbunden. Sie begann mit einem Aufbauparade von Häftlingen, die mit der Kennzeichnung BV stigmatisiert waren. Das stand im Jargon der SS für „Befristete Vorbeugehaft“. Umgangssprachlich wurde das aber mit „Berufsverbrecher“ übersetzt und weckte bestimmte Assoziationen. Dass auch diesen Gefangenen Unrecht geschah, die wegen krimineller Delikte, oft wegen Bagatellen, von der Justiz verurteilt und bestraft waren, aber danach ins KZ eingewiesen wurden, blieb lange vergessen.

Die zweite Opfergruppe bildeten Zeugen Jehovas, die aufgrund ihres Glaubens verfolgt waren. Sie galten als Feinde des Regimes, weil sie jede Form von Kriegsdienst und den Hitlerkult ablehnten. Dafür büßten sie im KZ. Ab Herbst 1941 stieg die Zahl der Gefangenen. 1942 waren es etwa 800, im folgenden Jahr 1500. Zu den Zeugen Jehovas kamen „Asoziale“ – auch deren Schicksale waren später vergessen – sowie Roma, Homosexuelle und in wachsender Zahl polnische und ukrainische Zwangsarbeiter. Die „Ernstesten Bibelforscher“, wie die Zeugen Jehovas damals auch genannt wurden, zeichneten sich durch Solidarität und Hilfsbereitschaft untereinander und gegenüber anderen Häftlingen aus. Sie lebten auch im KZ ihrem Glauben, hielten heimlich Bibelstunden und betrieben dort sogar eine klandestine Druckerei für religiöse Schriften.

Um die Erinnerung an das Konzentrationslager Niederhagen und um die Wewelsburg gab es in der Nachkriegszeit manchen Streit. Erinnerungszeichen wie das Holzkreuz am Lagertor gingen bald zugrunde. Zehn Gemälde in der „Grufte“ der Wewelsburg verschwanden Anfang der 1970er Jahre, ebenso eine Gedenktafel für die Toten im Innenhof der Wewelsburg. Ende der 1980er Jahre wurde über die Gestaltung des Appellplatzes und einen Gedenkstein für die Opfer gestritten. Seit 2000 gibt es das Mahnmal am authentischen Ort. Und noch länger dauert es, bis die Opfergruppen der Zeugen Jehovas und der „Asozialen“ ins öffentliche Bewusstsein treten. Auf Initiative der verfolgten Bibelchristen wird im Juni dieses Jahres im Berliner Tiergarten ein Denkmal enthüllt, das an den Widerstand und die Verfolgung der Zeugen Jehovas

erinnert. Unendliche Verzögerungen gab es, Hindernisse taten sich neu auf, wenn eines überwunden war. Vom Deutschen Bundestag bis zur Berliner Bezirksadministration oder der Verwaltung der Gärten und Seen war der Eifer gering, der tapferen Glaubensgemeinschaft die Ehre des Erinnerns zu erweisen.

Nicht weniger schwierig war es, den als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ denunzierten Opfern nationalsozialistischer Verfolgung ihren Platz in der Erinnerungskultur zu sichern. Der Bundestag erkannte sie – spät genug – im Februar 2020 als Opfer des Nationalsozialismus an und gab den Auftrag zur Erarbeitung einer Ausstellung, die durch Aufklärung die Erinnerung und das Gedenken fördern soll. Unter dem Titel „Die Verleugneten“ wurde die Ausstellung im vergangenen Jahr in Berlin gezeigt. Jetzt ist sie unterwegs in der Bundesrepublik. Ist damit alles gut? Können wir uns zufrieden zurücklehnen und die Bewunderung für unsere Erinnerungskultur genießen, während Politiker und Kulturbeflissene ihr „Nie wieder“ deklamieren? Keineswegs.

77 Jahre nach der Verabschiedung des Grundgesetzes, 36 Jahre nach der Wiedervereinigung ist die größte Errungenschaft der deutschen Geschichte nach Hitler so bedroht wie nie zuvor: die Demokratie steht für viele in Frage. Reaktionäre und Nazis haben samt ihrer Gesinnung den Zusammenbruch Hitlerdeutschlands überlebt. Neonazis sind schon bald nach 1945 aufgetreten. Rechtsradikale haben sich in Verbänden und Parteien organisiert. Die Rechtsextremisten vergangener Jahrzehnte – zuletzt die Männer und Frauen der NPD – scharten sich freilich nur zu Gruppierungen, die keinen wirklichen Einfluss gewannen. Jetzt folgen Unzufriedene und Verdrossene einer Partei, die das falsche Etikett „Alternative“ im Namen führt, die Phrasen über Fremdenhass, Nationalismus und völkische Ideologie deklamiert. Diese Partei hat sich innerhalb kurzer Zeit radikalisiert, sie hat im Gegensatz zu ihren Vorgängern Zulauf, sie hat Mandate in allen Parlamenten. Weil sie keine Problemlösungen bieten kann, tröstet die AfD Ratlose mit Phrasen und hetzt Missvergnügte auf. Es geht ihr um „Blut und Boden“, um völkisches Denken, das „Fremde“ ausgrenzt. Es geht um nationalistische Enge statt Weltoffenheit. Die AfD missachtet die elementaren Tugenden der Demokratie und verweigert die Lehre aus der Geschichte.

Die Wut der Chauvinisten richtet sich damit nicht nur gegen den Buchstaben, sondern gegen den Geist der Verfassung, gegen Freiheit, Gleichheit, Toleranz. Die Kampfansage gilt der offenen Gesellschaft und kultureller Vielfalt. Diese Werte stehen für den Wiederaufstieg und das mühsam wieder gewonnene Ansehen Deutschlands in der Gemeinschaft der Nationen nach der Barbarei Hitlerdeutschlands.

Wir sind Europäer geworden und Weltbürger. Das Aufbäumen gegen die Moderne, gegen Realität und Vernunft, die Sehnsucht nach dem ethnisch homogenen Nationalstaat, das Getöse „Deutschland den Deutschen“ ist Demagogie, von Ewiggestrigen verkündet, von Verdrossenen, Gelangweilten und Unzufriedenen begrüßt. Die Argumente, mit denen das Ideal des Nationalstaats und die völkische Ideologie beschworen werden, entsprechen längst nicht mehr der Logik der Zeit. Die Glorifizierung des Nationalstaats, die Verherrlichung der Nation und des völkischen Prinzips hatte zwei Weltkriege als Ergebnis. Antisemitismus als Zenit des Blut- und Bodenkults der Nationalsozialisten und Rassismus als Höhepunkt der Fremdenfeindlichkeit bilden Traditionslinien, auf die sich Wortführer der antidemokratischen Bewegung berufen.

Der Gegensatz zwischen dem „nationalen Prinzip“ und demokratischer Gesinnung ist den Propagandisten des Rechtsextremismus bewusst. Die Zuschreibung ausschließlich negativer Eigenschaften an bestimmte ethnische Gruppen, die pauschale Diffamierung von Minderheiten ist nicht nur überheblich, sondern Ausdruck einer menschenfeindlichen Ideologie, die einst die Hitlerbewegung charakterisierte, heute der „Alternative für Deutschland“ eigen ist, ja nach Meinung von Experten deren Wesenskern bildet.

Die Allianz aus Konservativen und Extremisten und die Demokratiefeindschaft der Bürger hat 1933 Hitler zur Macht gebracht. Das darf kein zweites Mal geschehen. Alexander Gauland, Vordenker und Ehrenvorsitzender der AfD, dort geschätzt wegen seiner abenteuerlichen Geschichtsdeutung, verkündete beim Kyffhäusertreffen des rabiatischen Flügels der Partei: „Man muss uns diese zwölf Jahre nicht mehr vorhalten. Sie betreffen unsere Identität heute nicht mehr“. Dazu gab er die Parole aus, die

Deutschen hätten „das Recht, stolz zu sein auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“. Also auf Millionen Tote, auf die Verwüstung Europas, auf den Verlust eines beträchtlichen Teil deutschen Territoriums, auf zwölf Millionen deutsche Heimatvertriebene.

Die Katastrophe beginnt, wenn konservative Patrioten sich von den Phrasen der Extremisten betören lassen und an gemeinsame nationale Interessen glauben. So endete die Demokratie 1933 in Deutschland. Die Ankündigungen und Verheißungen der „Alternative für Deutschland“ sind nach den Mustern von damals intoniert. Die oft zitierten Fantasien der Alice Weidel über Messerstecher und Vergewaltiger, mit denen sie unter dem Jubel der AfD-Anhänger Migranten muslimischen Glaubens pauschal diffamiert oder die Vogelschiss-Parabel des Alexander Gauland sind nicht nur verbale Entgleisungen, sondern wie Björn Höckes Provokationen das eigentliche Programm der Partei. Für den Hohn gegen das Prinzip Demokratie und die Absicht der Demontage der Verfassungsordnung gibt es genug Beweise. Mit ähnlichen Phrasen wie einst Joseph Goebbels versprach ein Funktionär aus Baden-Württemberg „Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet“. Ein anderer, ehemals Landesvorsitzender in Niedersachsen und Bundestagsabgeordneter, behauptete im Spiegel-Interview, es sei „doch klar“, dass ein Gutteil der angeblichen Brandanschläge auf Wohnheime von den Flüchtlingen selbst verursacht sei. Im Menschenbild dieses Politikers sind Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge offenbar primitive Urmenschen.

Der rabiate Ideologe Björn Höcke gefällt seinen Anhängern mit fremdenfeindlichen und sozialdarwinistischen Visionen. „Neben dem Schutz unserer nationalen und europäischen Außengrenzen wird ein großangelegtes Remigrationsprojekt notwendig sein. Und bei dem wird man, so fürchte ich, nicht um eine Politik der ‚wohltemperierten Grausamkeit‘ herumkommen. Das heißt, dass sich menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen werden.“

Die Vision des AfD-Mannes lautet: „Ich bin sicher, dass – egal wie schlimm sich die Verhältnisse auch entwickeln mögen – am Ende noch genügend Angehörige unseres Volkes vorhanden sein werden, mit denen wir ein neues Kapitel unserer Geschichte aufschlagen können. Auch wenn wir leider ein paar Volksteile verlieren werden, die zu schwach oder nicht willens sind, sich der fortschreitenden Afrikanisierung, Orientalisierung und Islamisierung zu widersetzen.“ Das ist Sozialdarwinismus, wie ihn Hitler predigte und Himmler in den KZ vollstreckte.

Auch der Kampf der Nationalsozialisten gegen die Demokratie – damals wie heute als „System“ verächtlich gemacht und pauschal verunglimpft – begann mit Parolen in roher Sprache. Damals hieß es „Novemberverbrecher“, heute ist es der „Schuldult“. Goebbels verdammte, was den Nazis als „undeutsch“ galt. Die Demagoginnen und Demagogen der AfD wüten als seine Erben gegen die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus.

Der Appell „Vergesst uns nicht“ ist deshalb so notwendig und dringend. Wir ehren die Opfer nationalsozialistischer Barbarei durch die Erinnerung an die Verbrechen, die gegen Unschuldige begangen wurden, weil sie anders, weil sie fremd waren. Weil sie Bürger anderer Nationen waren, weil sie Gegner der menschenfeindlichen Ideologie des Nationalsozialismus waren, weil sie Widerstand leisteten und zu Opfern wurden. Die Verteidigung unserer bedrohten Demokratie ist notwendig für unsere friedliche Zukunft. Sie ist zugleich Ausdruck und Gebot des Respekts vor den Leiden der Verfolgten des Nationalsozialismus. Deshalb dürfen wir sie nicht vergessen.